



Nr. 3 / 24. Juli 2025

Zur heutigen Landtagsdebatte über Geflüchtete in Ausbildung und Berufstätigkeit

Die Landeszuwanderungsbeauftragte Doris Kratz-Hinrichsen begrüßt den einstimmigen Beschluss aller Fraktionen im Landtag zu mehr Verbindlichkeit und unterstützt die Absicht, Integrationsprozesse auf der Ebene der Verwaltung zu verbessern.

Die Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen begrüßt die heutige Befassung des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit den Anträgen zur Verbesserung der Perspektiven von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung: „Es ist aus meiner Sicht der richtige politische Weg, dass die Fraktionen dafür eintreten, Menschen, die eine Ausbildung aufnehmen, hier arbeiten und sich integrieren möchten, hierin zu unterstützen“, sagt Doris Kratz-Hinrichsen.

„Die Organisation von Zuwanderung und Integration ist eine komplexe Aufgabe. Einige der Maßnahmen, die nötig wären, um die Prozesse in der Zuwanderungsverwaltung zu optimieren, wurden heute thematisiert. An vielen dieser Stellschrauben hat das Land die Möglichkeit, Integration zu verbessern. Davon profitieren Geflüchtete, Betriebe und die Gesamtgesellschaft“, so die Beauftragte.

Gerade auch im laufenden Jahr haben Abschiebungen von jungen Menschen, die zwar lediglich eine Duldung hatten und daher vom Grundsatz ausreisepflichtig waren, aber eine Ausbildung bereits begonnen hatten oder beginnen wollten, die Öffentlichkeit beschäftigt und zu Demonstrationen geführt.

Angesichts der Komplexität der ausländerrechtlichen Vorgaben hat die Zuwanderungsbeauftragte eine Handreichung für die Beratungspraxis zur der Frage der Abschiebung bei Ausbildung veröffentlicht: <https://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/beauftragte/fb/Dokumente/Keine-Abschiebung-bei-Ausbildung.pdf>



Wenn der heutige Beschluss im Landtag und die weiteren Befassungen im Ausschuss dazu beitragen, mehr Rechtssicherheit bei der Frage des Erhaltens von einer Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung zu schaffen, und es sogar zu Änderungen der Rechtslage käme, wäre das ein sehr gutes Ergebnis für die Auszubildenden und Beschäftigten, wie auch für die Betriebe, das Handwerk und den Standort Schleswig-Holstein, so Doris Kratz-Hinrichsen.